

**Bauliche Maßnahmen für Behinderte
und alte Menschen im öffentlichen Bereich**
Planungsgrundlagen
Öffentlich zugängliche Gebäude

DIN
18 024
Teil 2

Construction measures for disabled persons and old human beings in the public field; design principles; public accessible buildings

Maße in cm

Zur Rehabilitation der Behinderten und zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der alten Menschen wurden in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen auf vielen Bereichen unternommen. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Erfolg aller Maßnahmen ist jedoch das Vorhandensein einer hindernisfreien baulichen Umwelt, und zwar nicht nur in der Wohnung oder am Arbeitsplatz, sondern auch im gesamten öffentlichen Bereich, das heißt auf Straßen, Plätzen und Wegen sowie in öffentlich zugängigen Gebäuden. Ziel ist eine weitgehende Unabhängigkeit von fremder Hilfe.

Außerdem erfordert die infolge höherer Lebenserwartung steigende Anzahl alter Menschen die Berücksichtigung der für Behinderte geltenden baulichen Anforderungen in größerem Maße als bisher.

Die Vermeidung und Beseitigung baulicher Hindernisse trägt, über die spezielle Aufgabe der Rehabilitation und Integration hinaus, ganz allgemein zur Rehumanisierung des Städtebaues und zur Schaffung einer menschengerechten Umwelt wesentlich bei.

In dieser Norm sind Maßnahmen genannt, die den Behinderten und alten Menschen größere Bewegungsfreiheit und Sicherheit in öffentlich zugängigen Gebäuden¹⁾ ermöglichen. Die Vorteile dieser Maßnahmen kommen zugleich allen anderen Personengruppen, insbesondere Personen mit Kinderwagen oder Traglasten zugute.

Die Maßnahmen sind nicht nur bei Neubauten, sondern auch bei allen baulichen Veränderungen anzuwenden.

¹⁾ Der Begriff „öffentlich zugänglich“ ist im weitesten Sinne zu verstehen. Wenn nur ein Teil eines Gebäudes öffentlich zugänglich ist (z. B. eine Bankfiliale in einem mehrgeschossigen Haus), sind die Festlegungen dieser Norm nur auf den entsprechenden Teil des Gebäudes anzuwenden.

Als öffentlich zugängige Gebäude dieser Norm gelten insbesondere:

- a) Öffentlich zugängige Verwaltungsgebäude (z. B. Arbeitsämter, Beratungsstellen, Finanzämter, Gerichte, Geschäftsstellen von Kranken- und Sozialversicherungen, Gesundheitsämter, Pfarrämter, Polizeidienststellen, Postämter, Sozialämter, Standesämter, Verkehrs- und Reisebüros, Versorgungsämter),
- b) Bahnhöfe, Flughafengebäude, Parkhäuser, Raststätten u. a.,
- c) Gaststätten und Beherbergungsbetriebe (z. B. Cafés, Hotels, Jugendherbergen, Kurheime, Restaurants),
- d) Versammlungsräume (z. B. Gemeindesäle, Kinos, Kirchen, Kongreßhallen, Theater),
- e) Ausbildungsstätten (z. B. Hochschulen, Lehrwerkstätten, Schulen),
- f) Sportanlagen (z. B. Freibäder, Hallenbäder, Turnhallen, Stadien),
- g) Läden, Warenhäuser,
- h) Banken, Sparkassen,
- i) Apotheken, Arztpraxen, Krankenhäuser, Kureinrichtungen,
- j) Ausstellungsbauten, Bibliotheken, Museen,
- k) Kindertagesstätten

Fortsetzung Seite 2 bis 4

Fachnormenausschuß Bauwesen (FNBau) im DIN Deutsches Institut für Normung e.V.
Fachnormenausschuß Maschinenbau (FM) im DIN

1 Zugang zum Gebäude

1.1 Ein Eingang des Gebäudes, möglichst der Haupteingang, muß stufenlos erreichbar sein. Der Zugang ist durch Beschilderung kenntlich zu machen.

Rampen sind zulässig. Ihr Gefälle darf jedoch nicht mehr als 6 %, ihre Breite muß mindestens 120 cm betragen. Bei Rampenlängen von mehr als 6 m ist ein Zwischenpodest von mindestens 120 cm Länge erforderlich. Podeste von mindestens 120 cm Länge sind außerdem am Anfang und am Ende der Rampe anzuordnen. Rampen sind mit einem Handlauf auszustatten.

1.2 Der stufenlos erreichbare Eingang (siehe Abschnitt 1.1) muß eine lichte Durchgangsbreite von mindestens 95 cm aufweisen. Die Tür ist als Drehflügeltür²⁾ oder als Schiebetür auszubilden. Sie sollte mit automatischem Türöffner (Bodenkontaktschalter oder Lichtschrankenschalter) ausgestattet sein. Drehflügeltüren mit automatischem Türöffner dürfen nur bei Richtungsverkehr verwendet werden.

Drehtüren und Pendeltüren sind für Rollstuhlbenutzer unpassierbar.

Schwellen und Niveauunterschiede sind nur bis zu 2,5 cm zulässig.

Vor Drehflügeltüren muß eine Bewegungsfläche nach den in Bild 1 dargestellten Maßen gesichert sein.

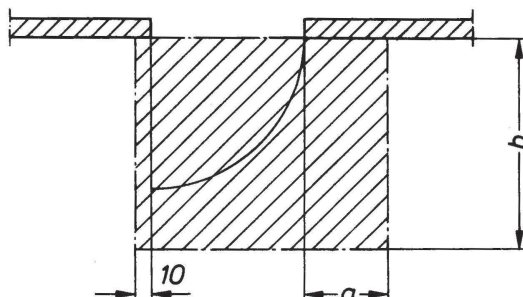


Bild 1. Bewegungsfläche vor Drehflügeltüren

a	b
25	170
35	160
45	150
55	140
Zwischenwerte interpolieren. Fettgedruckte Werte sind Vorzugswerte.	

2 Pkw-Stellplätze

2.1 Auf den für den Publikumsverkehr anzulegenden Parkplätzen sind mindestens 3 % der Pkw-Stellplätze für Schwerbehinderte (Gehbehinderte oder Rollstuhlbenutzer) zu reservieren. Diese Stellplätze sollen in Gebäudenähe liegen und möglichst überdacht sein. In Parkhäusern sollten diese Stellplätze in unmittelbarer Nähe der Aufzüge angeordnet werden.

2.2 Die für Schwerbehinderte reservierten Pkw-Stellplätze sind – um den Ein- und Ausstieg zu ermöglichen – 350 cm breit anzulegen. Schmalere Stellplätze sind zulässig, wenn parallel eine freie Fläche von mindestens 150 cm Breite – z. B. ein Gehweg – vorhanden ist.

2.3 Die Pkw-Stellplätze für Schwerbehinderte sind durch Beschilderung kenntlich zu machen.

2.4 Der Zugang zu den Pkw-Stellplätzen für Schwerbehinderte ist nach DIN 18 024 Teil 1, Ausgabe November 1974, Abschnitt 1 und 2, zu gestalten.

3 Bewegungsfreiheit innerhalb des Gebäudes

3.1 Niveauunterschiede, deren Überwindung ausschließlich über Stufen oder Treppen möglich ist, sind unzulässig.

3.1.1 In besonderen Fällen (z. B. bei Gleisunterführungen auf Bahnhöfen) können zur Überwindung des Niveauunterschiedes Rampen zweckmäßig sein. Diese Rampen sollen ein Gefälle von 8 % nicht überschreiten. Sie sind in ihrer ganzen Länge und beidseitig mit Handläufen auszustatten. Sie müssen – zwischen den Handläufen gemessen – mindestens 150 cm breit und mit griffiger Oberfläche³⁾ versehen sein.

3.1.2 Im übrigen sind zur Überwindung von Niveauunterschieden vertikale Beförderungsmittel (z. B. Aufzug) erforderlich.

Der Fahrkorb mindestens eines Aufzuges ist wie folgt zu bemessen:

- a) lichte Breite ≥ 110 cm
- b) lichte Tiefe ≥ 140 cm
- c) lichte Türbreite ≥ 80 cm

und mit Haltegriffen auszustatten.

In Gebäuden mit größerer Besucherzahl ist mindestens ein Aufzug mit einer lichten Türbreite = 110 cm vorzusehen.

Vor den Aufzugszugängen ist eine Bewegungsfläche von mindestens 140 cm × 140 cm erforderlich.

3.2 In allen Räumen (ausgenommen Sanitärräumen) muß eine Bewegungsfläche von mindestens 140 cm × 140 cm vorhanden sein.

3.3 Alle Türen müssen eine lichte Durchgangsbreite von mindestens 85 cm aufweisen.

Vor Drehflügeltüren²⁾ muß in dem Raum, in den die Tür schlägt, eine Bewegungsfläche nach den in Bild 1 dargestellten Abmessungen gesichert sein.

3.4 An Durchgangssperren sollte eine lichte Breite von 85 cm nicht unterschritten werden.

3.5 Zugänge zu besonderen Plätzen für Rollstuhlbenutzer in Versammlungs- und Veranstaltungsräumen sind durch Beschilderung kenntlich zu machen.

3.6 Die über die Festlegungen von Abschnitt 3.1 hinaus vorhandenen Treppen sollen möglichst geradläufig sein. Bei gewendelten Treppen sind Handläufe auf beiden Seiten anzubringen.

Der Handlauf am Treppenauge darf nicht unterbrochen sein. Der Wandhandlauf soll Anfang und Ende des Treppenlaufs rechtzeitig erkennbar machen. Die Handläufe müssen guten Zugriff und sicheren Halt bieten. Die Stufen sind mit griffiger Oberfläche zu versehen. Vorkragende Trittstufen sind zu vermeiden.

²⁾ Darstellung nach DIN 1356

³⁾ Z. B. Gußasphalt mit Quarzeinstreuung